

Boss, Alfred; Meier, Carsten-Patrick; Oskamp, Frank; Sander, Birgit; Scheide, Joachim

Article — Digitized Version

Spürbare Verlangsamung der Konjunktur in Deutschland

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred; Meier, Carsten-Patrick; Oskamp, Frank; Sander, Birgit; Scheide, Joachim (2004) : Spürbare Verlangsamung der Konjunktur in Deutschland, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 4, pp. 352-372

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3432>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Vorabdruck aus

Die Weltwirtschaft 2004, Heft 4

Vierteljahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel
Herausgegeben von Dennis Snower

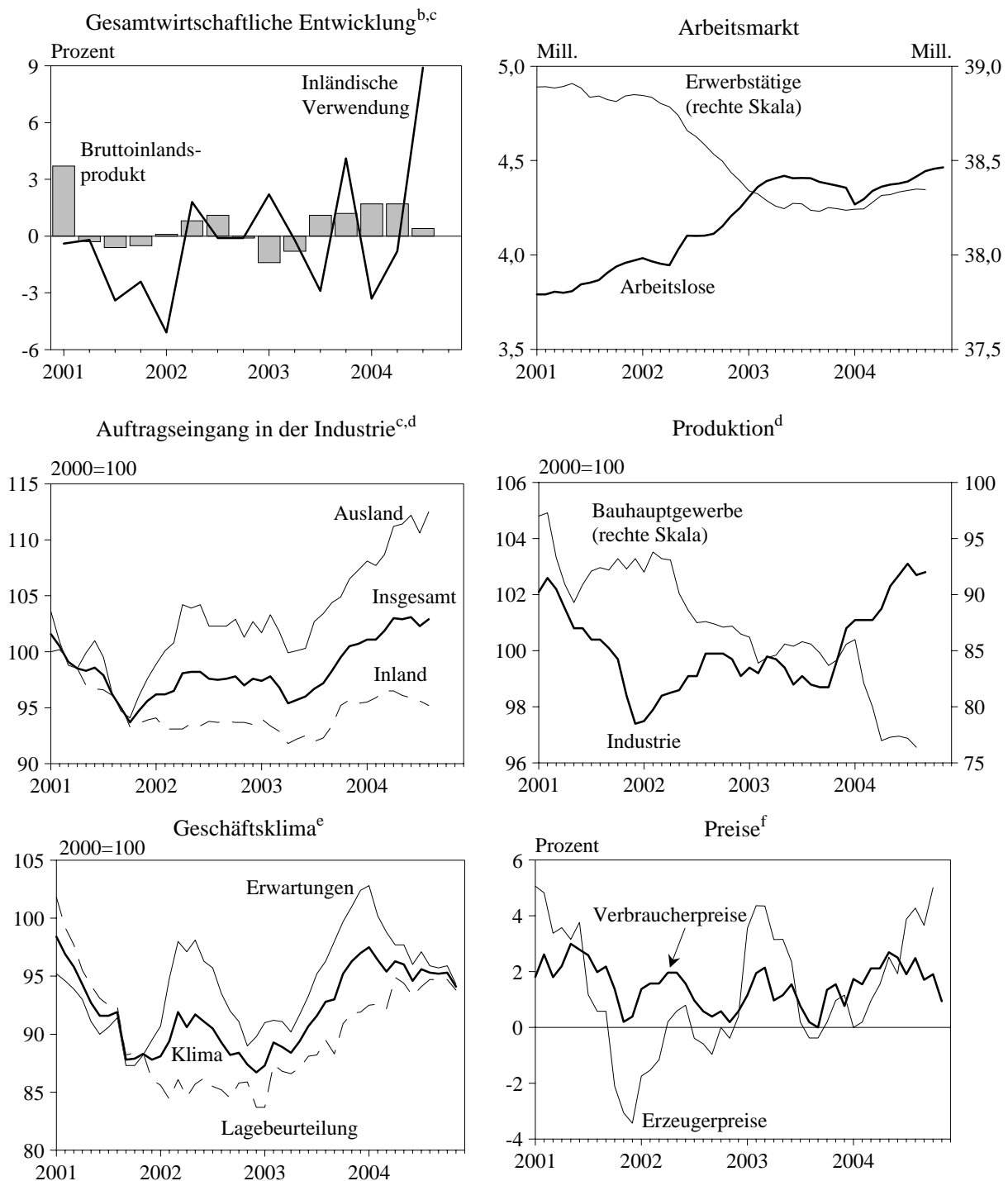
Spürbare Verlangsamung der Konjunktur in Deutschland

Von Alfred Boss, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp, Birgit Sander und Joachim Scheide

Nach nur einem Jahr Aufschwung verliert die Konjunktur in Deutschland schon wieder an Fahrt. Im dritten Quartal 2004 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt mit einer laufenden Jahresrate von nur noch 0,4 Prozent zu; in der ersten Jahreshälfte hatte die Expansionsrate noch 1,7 Prozent betragen (Abbildung 1). Bestimmend für den Tempoverlust war der Einbruch der Auslandsnachfrage. Nachdem die Exporte den Aufschwung im ersten Halbjahr mit zweistelligen Raten praktisch allein getragen hatten, nahmen sie im dritten Vierteljahr ab. Die Binnennachfrage, die in der ersten Jahreshälfte rückläufig gewesen war, erhöhte sich im dritten Quartal wieder. Stark expandierten die Ausrüstungsinvestitionen; erstmals seit dem Jahr 2000 war hier ein zweistelliges Plus zu verzeichnen. Zudem wurden die Vorratsinvestitionen außergewöhnlich kräftig ausgeweitet, was darauf hindeutet, dass die Unternehmen von dem Rückgang ihres Auslandsabsatzes überrascht wurden. Die Konsumflaute hielt an; die privaten Konsumausgaben stagnierten im dritten Quartal abermals. Bei all dem hat sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verschlechtert. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im dritten Quartal nochmals gesunken. Die Arbeitslosigkeit ist bis zuletzt gestiegen, die Arbeitslosenquote lag im November bei 10,8 Prozent.

Das Preisklima wird nach wie vor maßgeblich durch die Entwicklung der Energiepreise geprägt. Infolge des Ölpreisanstiegs hatten sich die Lebenshaltungskosten bis zum Oktober deutlich erhöht. Im November gaben sie bedingt durch den Rückgang der Weltmarktpreise für Rohöl und die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar wieder etwas nach. Die Inflationsrate lag im November bei 1,8 Prozent. Die Kerninflationsrate dürfte etwa bei 1,2 Prozent gelegen haben.

Abbildung 1:

Indikatoren^a zur Konjunktur in Deutschland 2001–2004

^aSaisonbereinigt. — ^bVeränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. — ^cReal. — ^dGleitender Dreimonatsdurchschnitt. — ^eGewerbliche Wirtschaft. — ^fVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); ifo (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Die auch von uns in diesem Ausmaß nicht erwartete Schwäche der Konjunktur im vergangenen Vierteljahr allein macht schon eine Revision der Prognose erforderlich. Bei sonst unverändertem Konjunkturverlauf würde das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2004 und im Jahr 2005 um jeweils 0,2 Prozentpunkte weniger zunehmen als bisher von uns vorhergesagt. Allerdings dürfte die Anstiegsrate im dritten Quartal die konjunkturelle Grundtendenz in der zweiten Jahreshälfte deutlich unterzeichnen. Darauf deuten sowohl das Geschäftsklima als auch das internationale Umfeld hin. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe lagen im Oktober 1 Prozent über ihrem Niveau im dritten Quartal. Wir rechnen daher damit, dass der Produktionsanstieg im Schlussquartal 2004 kräftiger ausfällt als bisher erwartet und nur wenig hinter dem in der ersten Jahreshälfte zurückbleibt. Im Durchschnitt des Jahres 2004 hat das reale Bruttoinlandsprodukt wohl um 1,7 Prozent zugenommen. Ein halber Prozentpunkt davon geht auf die außergewöhnlich hohe Anzahl an Arbeitstagen in diesem Jahr zurück.

Für das kommende Jahr sind die Aussichten mittlerweile ungünstiger als noch vor drei Monaten. Der weltwirtschaftliche Aufschwung hatte im Frühjahr seinen Höhepunkt überschritten, seither hat sich das Expansionstempo bei Deutschlands Handelspartnern deutlicher verringert als erwartet, nicht zuletzt infolge des Ölpreisanstiegs. Durch die mittlerweile eingetretene Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar werden die Auswirkungen des Ölpreisanstiegs auf den Euroraum nun zwar gedämpft. Gleichzeitig haben die deutschen Exporte aber an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verloren. Alles in allem werden die Impulse von der Auslandsnachfrage im kommenden Jahr wohl um einiges geringer ausfallen als bisher von uns erwartet. Da sich eine deutliche Belebung der Binnenwirtschaft gegenwärtig nicht abzeichnet – der Ölpreisanstieg führt hier noch zu zusätzlichen Belastungen (Kasten 1) –, schlägt sich der schwächere Exportanstieg in einem langsameren Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahr nieder. Ab dem Jahresende 2005 dürfte der Produktionsanstieg mit dem erneuten Anziehen der Weltkonjunktur und dem Nachlassen der dämpfenden Wirkungen vom Ölpreisanstieg und von der Aufwertung des Euro wieder an Schwung gewinnen.

Trotz Aufwertung des Euro günstige monetäre Rahmenbedingungen

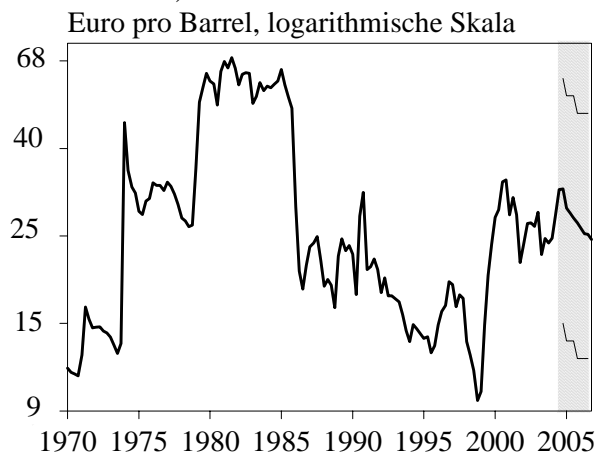
Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Leitzinsen in den vergangenen Monaten weiter unverändert gelassen. Seit Juni 2003 liegt der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 2 Prozent. Die Geldmarktzinsen sind offenbar in Erwartung einer Zinserhöhung der EZB leicht, auf 2,2 Prozent, gestiegen. Die Kapitalmarktzinsen sind dagegen in den vergangenen Wochen deutlich gefallen. Anfang Dezember verzinste sich Bundesanleihen mit 9–10-jähriger Restlaufzeit mit 3,7 Prozent. Sowohl nominal als auch real sind die Zinsen

Kasten 1:
Ölrechnung

Mit in der Spitze 52 US-Dollar pro Barrel der Marke Brent hat der Ölpreis Ende Oktober eine neue Rekordmarke erreicht. Seither ist er allerdings wieder deutlich gefallen; Anfang Dezember lagen die Notierungen bereits wieder unter 40 US-Dollar. Der Anstieg in diesem Jahr ist im Übrigen nicht außergewöhnlich hoch, zumal in Euro gerechnet die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar dämpfend wirkt. Im Jahr 2000 fiel der Anstieg in Euro gerechnet beträchtlich höher aus, ebenso während der beiden „Ölkrisen“ Ende 1973 und Ende 1979. Real ist der Ölpreis in Euro gegenwärtig nicht höher als im Jahr 2000 (Abbildung).

Abbildung:

Ölpreis 1970–2005 (in Preisen von 2000^a)



^aNorth-Sea-Brent-Preis in Euro umgerechnet, deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Ab 2004: IV Annahme, einschließlich 95-prozentigem Konfidenzintervall.

Quelle: IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Einen Hinweis auf das Ausmaß der Auswirkungen eines Anstiegs des Ölpreises auf die Konjunktur geben die gesamtwirtschaftlichen Mehraufwendungen für den Import von Erdöl, Erdgas- und Mineralerzeugnissen. Danach fiel die gesamtwirtschaftliche „Ölrechnung“ im laufenden Jahr um reichlich 10 Mrd. Euro höher aus als im Vorjahr; in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt sind dies immerhin 0,5 Prozent (Tabelle). Der Entzugseffekt bleibt freilich um einiges hinter dem im Jahr 2000 zurück, als sich der Ölpreis in Euro gerechnet nahezu verdoppelte. Er ist auch deutlich geringer als die Effekte, die während der Ölkrisen der 70er Jahre auftraten.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche „Ölrechnung“ 1998–2005

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 ^a	2005 ^a
Ölpreis (Brent) Euro/Barrel	11,4	16,6	30,6	27,3	26,4	25,5	31,0	29,0
Einfuhr von Erdöl, Erdgas, Mineralölerzeugnissen ^b	22,8	25,2	47,4	45,0	42,1	44,8	55,5	52,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr								
in Mrd. Euro	-6,0	2,3	22,3	-2,5	-2,9	2,6	10,7	-2,8
in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt	-0,3	0,1	1,1	-0,1	-0,1	0,1	0,5	-0,1

^aPrognose. — ^bEinschließlich Spalt- und Brutstoffe und Kokereierze.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

derzeit sehr niedrig. Der Euro hat zuletzt wieder deutlich an Wert gewonnen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft dürfte sich seit Mitte des Jahres um etwa 1,5 Prozent verschlechtert haben. Insgesamt sind die monetären Rahmenbedingungen aber nach wie vor günstig.

Im Prognosezeitraum dürfte die EZB die Leitzinsen zunächst unverändert lassen (Benner et al. 2004). Erst wenn sich im Verlauf des Jahres 2006 die Konjunktur wieder sichtbar beschleunigt haben wird, dürfte die EZB beginnen, die Zinsen anzuheben (Tabelle 1). Die Kapitalmarktinzinsen dürften im kommenden Jahr in der Nähe von 4 Prozent liegen; danach dürften sie etwas anziehen. Für den Euro ist ein Wechselkurs von 1,30 US-Dollar/ Euro unterstellt. Alles in allem bleiben die monetären Rahmenbedingungen bis weit ins Jahr 2006 hinein günstig.

Tabelle 1:

Rahmendaten für die Konjunkturprognose 2004, 2005 und 2006

	2004				2005				2006			
	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q. ^a	1. Q. ^b	2. Q. ^b	3. Q. ^b	4. Q. ^b	1. Q. ^b	2. Q. ^b	3. Q. ^b	4. Q. ^b
Zinssatz für Dreimonatsgeld	2,1	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2	2,3	2,3	2,4	2,4	2,5
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	4,3	4,2	4,2	4,0	3,9	4,0	4,1	4,2	4,3	4,4	4,5	4,5
Tariflohnindex ^{c,d}	1,7	1,5	0,9	1,8	2,1	2,1	1,3	1,1	1,8	1,8	2,2	2,2
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,25	1,20	1,22	1,28	1,30	1,30	1,30	1,30	1,30	1,30	1,30	1,30
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^e	99,2	98,0	98,5	99,2	100,1	99,9	99,7	99,5	99,3	99,1	98,9	98,7
Industrieproduktion im Ausland ^{f,g}	5,9	4,2	3,7	3,7	2,3	2,5	3,0	3,5	4,0	4,2	3,9	3,6
Rohölpreis ^h	31,4	34,4	41,0	44,0	40,0	39,0	38,0	37,0	36,0	35,0	35,0	34,0

^aTeilweise geschätzt. — ^bPrognose. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^dAuf Stundenbasis. — ^eGegenüber 49 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. — ^fVeränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^gIn 30 Ländern: 18 Industrieländer, 8 neue EU-Mitgliedsländer sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea. — ^hUS-Dollar pro Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Budgetdefizit des Staates bleibt über der 3-Prozent-Marke

Das Budgetdefizit des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt beläuft sich im Jahr 2004 – wie im Jahr 2003 – auf annähernd 4 Prozent, obwohl die gesamtwirtschaftliche Produktion deutlich zugenommen hat. Als sich Anfang November 2004 abzeichnete, dass die 3-Prozent-Grenze bei einem Verzicht auf zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen auch im Jahr 2005

deutlich überschritten wird, hat die Bundesregierung ein „Sparpaket“ beschlossen (Kasten 2). Die Länder werden die Bundesregierung in ihrem Bestreben, die Löhne im öffentlichen Dienst im Jahr 2005 nicht zu erhöhen, vermutlich unterstützen. Wir erwarten, dass die Anfang des Jahres anstehende Lohnrunde nur für einzelne Gruppen der Beschäftigten geringfügig höhere Löhne bringen wird; Sonderleistungen wie z.B. das Weihnachtsgeld dürften nochmals reduziert werden. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (in Vollzeitäquivalenten gerechnet) wird weiter abnehmen; vermutlich wird der Rückgang abermals rund 1 Prozent betragen. Die Ausgaben des Staates für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst werden im Jahr 2005 um reichlich 1 Prozent zurückgehen.

Kasten 2:

Das „Sparpaket“ der Bundesregierung

Die Löhne der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollen im Jahr 2005 nicht angehoben werden. Alle Ministerien zusammen sollen durch eine „sparsame Haushaltsführung“ eine „globale Minderausgabe“ in Höhe von 2,5 Mrd. Euro erwirtschaften. Ausgaben des Bundes an die Postbeamtenversorgungskasse (5,5 Mrd. Euro) werden in die Zukunft verlagert. Die Länder sollen zur Reduktion des Budgetdefizits des Staates beitragen.

Die Postbeamtenversorgungskasse, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) zum privaten Sektor gehört, hat etwa bis zum Jahr 2040 Anspruch auf Zuschüsse von der Deutsche Post AG, von der Postbank AG und von der Deutsche Telekom AG. Diese Zuschüsse dienen – zusammen mit Zuweisungen des Bundes – der Finanzierung der Pensionen, die an die in diesen Unternehmen ehemals oder noch tätigen Beamten gezahlt werden müssen. Die Ansprüche sollen im Jahr 2005 teilweise verkauft werden. Dies soll 5,5 Mrd. Euro in die Kasse der Postbeamtenversorgungskasse spülen. Der Bund muss dann im Jahr 2005 nicht – wie sonst erforderlich – 5,5 Mrd. Euro an die Versorgungskasse zahlen. Allerdings muss er in der Zukunft höhere Zuschüsse als sonst tätigen, weil es dann geringere Zuweisungen der Postnachfolgeunternehmen geben wird. Es handelt sich um eine verdeckte Verschuldung; mit Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hat es nichts zu tun. Entsprechend den VGR-Konventionen bedeutet es aber „Konsolidierung“.

Ebenso verhält es sich bei einer Transaktion, die die Haushalte der Länder betrifft. Viele Länder erhalten von ihren Landesbanken im Jahr 2005, teilweise vielleicht schon im Jahr 2004, rückwirkend für viele Jahre Zinsen auf Vermögen, das diesen Banken übertragen worden ist. Andernfalls würde die Europäische Union (EU) die vor vielen Jahren von den einzelnen Ländern mit diesen Banken getroffenen Vereinbarungen als unerlaubte Subventionierungen werten. Die den Ländern zufließenden Beträge werden im Wesentlichen als Beteiligungen rücktransferiert, weil sonst die betreffenden Banken unterkapitalisiert wären. Während die Einnahmen der Länder als Einnahmen im Sinne der VGR zählen, werden deren Ausgaben als Beteiligungserwerb und nicht als Ausgaben im Sinne der VGR eingestuft.

Auch die Subventionen und die Vermögensübertragungen des Staates werden im Jahr 2005 abnehmen; beispielsweise werden die Kohlesubventionen und die Eigenheimzulage sinken.

Die Sozialleistungen werden wohl stagnieren; maßgeblich dafür sind Kürzungen bei den Renten sowie Minderausgaben infolge des Zusammenlegens der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe für Erwerbsfähige. Hingegen wird der Rückgang der öffentlichen Investitionen im Jahr 2005 wohl zum Stillstand kommen. Die Finanzlage der Gemeinden, die der bei weitem wichtigste öffentliche Investor sind, hat sich konjunkturbedingt verbessert. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, der wichtigsten Steuer der Gemeinden, steigen auch infolge einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage (z.B. einer Begrenzung der Verlustverrechnung). Zudem wurde das Gewerbesteueraufkommen mit Wirkung bereits ab 2004 zugunsten der Gemeinden umverteilt.

Die Ausgaben des Staates insgesamt werden wohl auch im Jahr 2005 nicht zunehmen; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt werden sie nochmals sinken (Tabelle 2). Das Steueraufkommen wird geringfügig steigen. Zwar werden die Einkommensteuerzahler durch eine weitere Reduktion der Steuersätze effektiv um 4 Mrd. Euro entlastet, zudem wird die erste Stufe des Übergangs zur nachgelagerten Rentenbesteuerung¹ Mindereinnahmen des Staates in Höhe von 1 Mrd. Euro zur Folge haben; dem steht aber vor allem gegenüber, dass verstärkt Steuervergünstigungen reduziert werden und dass die Tabaksteuer weiter angehoben wird. Die Belastung durch Beiträge und Steuern insgesamt (Steuer- und Beitragsaufkommen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) wird im Jahr 2005 wohl etwas abnehmen.

Das Budgetdefizit des Staates dürfte im Jahr 2005 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 3,1 Prozent zurückgehen. Dazu trägt bei, dass viele Landesbanken einmalige Zahlungen an die Länder leisten werden² und dass eine Verschuldung des Bundes in Höhe von 5,5 Mrd. Euro (0,25 Prozentpunkte im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt) unter Einschaltung der Postbeamtenversorgungskasse verschleiert wird. Das um Einmaleffekte bereinigte strukturelle Budgetdefizit des Staates wird nur geringfügig sinken.

Im Jahr 2006 werden die Ausgaben des Staates wohl wieder ausgeweitet werden; dabei werden die Zinsen auf die öffentlichen Schulden deutlich zunehmen.³ Die Abgabenbelastung

¹ Sie sieht eine erhöhte Abzugsfähigkeit der Arbeitnehmerbeiträge als Vorsorgeaufwendungen und eine Ausweitung des steuerpflichtigen Teils der Renten vor.

² Es ist nicht auszuschließen, dass einzelne Zahlungen schon im Dezember 2004 erfolgen.

³ Bund, Länder, Gemeinden und deren Sondervermögen zusammen werden auch im Jahr 2005 ein hohes Budgetdefizit aufweisen; die Nettokreditaufnahme wird allerdings durch extrem hohe Erlöse aus dem Verkauf von Aktien (Telekom, Post) und anderen finanziellen Aktiva (Forderungen an Russland) niedrig gehalten werden.

insgesamt dürfte sich nur wenig ändern; bei den Beitragssätzen in der Sozialversicherung sind nennenswerte Änderungen nicht zu erwarten.⁴ Das Budgetdefizit des Staates dürfte, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, rund 3 Prozent betragen.

Tabelle 2:

Ausgaben des Staates, Steuern, Sozialbeiträge, Budgetsaldo 1970–2006 (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt)

	Ausgaben	Steuern	Sozialbeiträge	Sonstige Einnahmen	Budgetsaldo
1970 ^a	39,1	23,5	12,1	4,0	0,5
1980 ^a	47,9	24,5	16,2	4,3	-2,9
1990 ^a	44,5	22,1	16,1	4,3	-2,0
1991 ^b	48,2	22,4	17,2	4,4	-4,2
1992 ^b	50,4	22,8	17,6	4,9	-5,1
1993 ^b	51,3	22,9	18,2	4,9	-5,3
1994 ^b	50,2	22,9	18,6	5,0	-3,7
1995	49,4	22,5	18,8	4,8	-3,3
1996	50,3	22,9	19,4	4,6	-3,4
1997	49,3	22,6	19,7	4,3	-2,7
1998	48,8	23,1	19,3	4,2	-2,2
1999	48,7	24,2	19,0	4,1	-1,5
2000	48,2	24,6	18,6	3,9	-1,2 ^c
2001	48,3	23,0	18,5	4,0	-2,8
2002	48,7	22,7	18,5	3,9	-3,7
2003	48,8	22,6	18,6	3,8	-3,8
2004	47,2	21,9	18,0	3,5	-3,8
2005	46,4	21,7	17,9	3,7	-3,1
2006	45,8	21,6	17,8	3,5	-2,9

^aFrüheres Bundesgebiet. — ^bEinschließlich Treuhandanstalt. — ^cEinschließlich Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen: 1,3 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen; eigene Prognose.

⁴ Zwar werden die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung bei gegebenem Leistungsrecht und unverändertem Beitragssatz, wie im Jahr 2005, wohl nicht ausreichen, um die Ausgaben zu finanzieren, es wird aber vermutlich weder zu einer Anhebung des Beitragssatzes noch zu einem Einschnitt in die Renten kommen; vielmehr wird die Rentenversicherung nochmals einen zusätzlichen Bundeszuschuss erhalten.

Vorerst nur verhaltener Anstieg der Exporte

Nach einem stürmischen Anstieg im ersten Halbjahr ist der Export im dritten Quartal 2004 eingebrochen. Rückläufig waren die Lieferungen in fast alle Regionen der Welt, mit Ausnahme des Euroraums. Die gesamte Ausfuhr verringerte sich mit einer laufenden Jahresrate von 4,4 Prozent. Im Halbjahr zuvor war sie mit einer Rate von 15 Prozent gestiegen. Die Industrieproduktion in den wichtigsten Handelspartnerländern Deutschlands war in der ersten Jahreshälfte allerdings nur mit etwa 5 Prozent gestiegen, insofern war eine Korrektur angelegt. Nachdem diese nun vollzogen ist, rechnen wir für das Jahresende wieder mit einem Anstieg der Ausfuhr. Da sich die Konjunktur bei den Handelspartnern inzwischen abgekühlt hat und in den vergangenen Wochen zudem der Euro spürbar aufgewertet hat, dürfte die Zunahme allerdings sehr moderat ausgefallen sein. Alles in allem sind die Exporte im Jahr 2004 voraussichtlich um 9,0 Prozent gestiegen.

Die Aufwertung des Euro und das langsamere Fahrttempo der Weltkonjunktur prägen die Entwicklung der Ausfuhr auch im Jahr 2005. Angesichts der Rahmenbedingungen ist in der ersten Jahreshälfte nur mit einer langsamen Zunahme zu rechnen. Erst wenn zum Jahresende der weltweite Produktionsanstieg wieder allmählich an Schwung gewinnt und die Belastungen durch den Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit nach und nach entfallen, dürften die Exporte wieder rascher steigen. Im Jahr 2006 beschleunigt sich die Expansion dann voraussichtlich weiter. Jahresdurchschnittlich erwarten wir für die Jahre 2005 und 2006 Zuwächse von 1,8 bzw. 4,1 Prozent.

Die Einfuhr ist im dritten Quartal 2004 kräftig ausgeweitet worden. Maßgeblich hierfür war die starke Expansion der Ausrüstungsinvestitionen und der Vorräte. Da die Zunahme der Gesamtnachfrage (Binnennachfrage zuzüglich Exporte) im Jahresverlauf hinter der der Einfuhr zurückgeblieben ist, dürfte die Einfuhr im vierten Quartal 2004 gesunken sein. Im Jahresdurchschnitt 2004 haben die Importe wohl um 7,3 Prozent zugelegt. Im Prognosezeitraum dürften sie angesichts der Schwäche der inländischen Verwendung und der Exporte zunächst rückläufig bleiben. Erst für die zweite Hälfte des Jahres 2005 rechnen wir wieder mit einem Anstieg, der sich im Verlauf des Jahres 2006 weiter beschleunigen wird. Im Jahresdurchschnitt 2006 werden die Importe voraussichtlich um 3,7 Prozent zulegen, nach 0,7 Prozent im Jahr 2005.

Das abermalige Anziehen des Ölpreises hat sich im dritten Quartal 2004 noch nicht in größerem Umfang in den Importpreisen niedergeschlagen. Im vierten Quartal dürften diese daher erneut kräftig gestiegen sein. Im Prognosezeitraum werden die Importpreise – unter der hier getroffenen Annahme eines Rückgangs des Ölpreises – zunächst etwas fallen, die Preise für

andere Rohstoffe werden konjunkturell bedingt kaum steigen, und überdies werden die Nachwirkungen der Aufwertung des Euro den Auftrieb der Einfuhrpreise dämpfen. Im Jahr 2006 dürften die Importpreise im Zuge der wieder etwas rascher anziehenden Preise für Rohstoffe und Vormaterialien leicht beschleunigt steigen. Die Exporteure werden die Aufwertung des Euro im kommenden Jahr wohl zu einem wesentlichen Teil durch Preiszugeständnisse kompensieren, zumal die weltweite Nachfrage nur wenig zunehmen wird. Im Jahr 2006 dürften die Exportpreise angesichts der besseren Weltkonjunktur etwas anziehen. Alles in allem werden sich die Terms of Trade im Jahr 2005 geringfügig verschlechtern, nachdem sie im Jahresdurchschnitt 2004 nahezu unverändert geblieben sind; im Jahr 2006 verbessern sie sich wohl leicht.

Investitionstätigkeit belebt sich nur langsam

Die Unternehmensinvestitionen haben im dritten Quartal 2004 vor allem dank kräftig gestiegener Ausrüstungsinvestitionen erstmals seit Anfang 2000 wieder mit einer zweistelligen Rate zugenommen. Angesichts der Volatilität des Investitionsverlaufs dürfte die Stärke des Anstiegs die konjunkturelle Grundtendenz aber überzeichnen. Für das vierte Quartal 2004 erwarten wir daher einen leichten Rückgang der Unternehmensinvestitionen. Im kommenden Jahr wird sich die Erholung fortsetzen, zunächst jedoch in sehr verhaltenem Tempo – zum einen, weil sich die weltweiten Absatzperspektiven eintrüben, zum anderen, weil der globale Wettbewerb die Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland weiterhin notwendig und attraktiv macht. Erst wenn mit der Verbesserung der Weltkonjunktur und dem Nachlassen der dämpfenden Effekte des Ölpreisanstiegs im Inland die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung Ende 2005 zu steigen beginnt, wird die Investitionstätigkeit wieder eine höhere Dynamik entfalten. Alles in allem erwarten wir nach einem nur schwachen Anstieg der Unternehmensinvestitionen in diesem Jahr Zuwächse von 1,3 bzw. 2,6 Prozent in den beiden kommenden Jahren (Tabelle 3).

Die Wohnungsbauinvestitionen waren im Sommerhalbjahr 2004 weiter rückläufig, wenn auch in leicht gebremstem Tempo. Auftragseingänge und Baugenehmigungen deuten darauf hin, dass sich diese Entwicklung bis zum Jahresende hin fortsetzt. Im kommenden Jahr wird mit dem Auslaufen der Vorzieheffekte aufgrund der Diskussion um die Eigenheimzulage die Nachfrage nach Eigenheimen weiter sinken. Im Mietwohnungsbau bewirken hohe Leerstände, insbesondere in den neuen Bundesländern, dass die Investitionstätigkeit weiter zurückgeht. Angesichts der sich nur geringfügig bessernden Arbeitsmarktlage und der gedämpften Einkommenserwartungen rechnen wir damit, dass die Wohnungsbauinvestitionen weiter einge-

schränkt werden – in diesem Jahr um 0,3 Prozent und in den beiden kommenden Jahren um 1,8 bzw. 1 Prozent.

Tabelle 3:

Reale Anlageinvestitionen 2002–2006 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	2002	2003	2004 ^a	2005 ^a	2006 ^a
Anlageinvestitionen	-6,4	-2,2	-0,4	0,3	1,4
Unternehmensinvestitionen	-7,2	-0,9	0,1	1,3	2,6
Ausrüstungen	-8,6	-1,4	1,2	2,2	3,2
Sonstige Anlagen	1,4	1,7	2,8	3,5	4,7
Wirtschaftsbau	-7,0	-1,0	-3,8	-2,0	0,1
Wohnungsbau	-6,0	-2,7	-0,3	-1,8	-1,0
Öffentlicher Bau	-2,5	-10,4	-5,0	0,1	1,0
<i>Nachrichtlich:</i>					
Bauten insgesamt	-5,8	-3,2	-1,9	-1,6	-0,5

^aPrognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen hingegen dürften angesichts der verbesserten Finanzlage der Gemeinden bereits im kommenden Jahr nicht mehr sinken und im Jahr 2006 leicht ausgeweitet werden. Für die Bauinvestitionen insgesamt erwarten wir, dass sie nach einem Rückgang um knapp 2 Prozent in diesem Jahr in den kommenden beiden Jahren rückläufig sind, wenn auch mit abnehmender Tendenz.

Konsumenten bleiben zurückhaltend

Die Stagnation der privaten Konsumausgaben hat sich im dritten Quartal 2004 fortgesetzt. Zwar nahmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dank kräftig expandierender Selbstständigen- und Vermögenseinkommen nominal etwas rascher zu als im Quartal zuvor. Angesichts des starken Anstiegs der Lebenshaltungskosten infolge der weiteren Verteuerung von Kraft- und Brennstoffen blieb real aber kaum ein Anstieg übrig. Abermals erhöhten die privaten Haushalte ihre Sparquote leicht, was Ausdruck der gedrückten Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven sein dürfte. Im vierten Quartal 2004 sind die Ausgaben der privaten Haushalte voraussichtlich gestiegen. Darauf deuten das etwas verbesserte Verbrauchervertrauen und die Zunahme der Kraftfahrzeugzulassungen hin. Im Durchschnitt des Jahres 2004 dürften die privaten Konsumausgaben um 0,3 Prozent gesunken sein.

Für das kommende Jahr ist kein nennenswerter Anstieg des privaten Verbrauchs absehbar. Die Bruttolöhne und -gehälter werden angesichts mäßiger Tariflohnsteigerungen, einer zunächst weiter negativen Lohndrift und rückläufiger sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung nur moderat steigen. Zwar werden die privaten Haushalte zu Jahresbeginn erneut von Einkommensteuern entlastet. Das Volumen der Entlastung wird allerdings deutlich geringer sein als im Jahr 2004. Zudem werden verstärkt Steuervergünstigungen gekürzt. Kinderlose müssen zudem ab Jahresbeginn einen Zuschlag zur Pflegeversicherung in Höhe von 0,25 Prozent zahlen. Ab der Jahresmitte werden außerdem die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für Zahnersatz und Krankengeld ausschließlich durch Arbeitnehmerbeiträge finanziert; dies bedeutet eine Mehrbelastung von 0,45 Prozentpunkten. Die Belastung der Arbeitgeber mit Sozialbeiträgen sinkt entsprechend um 0,45 Prozentpunkte. Auch Rentner müssen einen zusätzlichen Beitrag für Zahnersatz und Krankengeld leisten; da gleichzeitig die Renten wohl nicht angehoben werden, dürften die ausgezahlten Renten etwas sinken. Schließlich kommt es durch die Einführung des Arbeitslosengeldes II im Durchschnitt zu Leistungskürzungen. Unter Berücksichtigung der Stagnation der Vermögens- und Selbstständigeneinkommen steigt das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nominal um 1,6 Prozent und real um 0,3 Prozent. Bei nahezu unveränderter Sparquote nehmen die privaten Konsumausgaben im selben Ausmaß zu. Im Jahr 2006 dürften sie im Zuge der Aufhellung der konjunkturellen Perspektiven etwas rascher ausgeweitet werden (0,7 Prozent).

Preisanstieg geht wieder deutlich zurück

Nachdem sich die Lebenshaltung bereits bis in den Spätsommer kräftig verteuert hatte, beschleunigte sich der Preisauftrieb im Oktober nochmals. Geprägt wurde dieser Verlauf vor allem durch die lebhaften Preissteigerungen bei Mineralöl und Mineralölprodukten. Ohne diese hätte sich der Preisauftrieb sogar deutlich verlangsamt. Im November sanken die Verbraucherpreise ausgelöst durch die sinkenden Energiepreise wieder; gegenüber dem Vorjahr verteuerte sich die Lebenshaltung um 1,8 Prozent. Da unseren Untersuchungen zufolge Ölpreisveränderungen die Verbraucherpreise zeitlich stets nur sehr begrenzt beeinflussen und zudem die Preise an den Rohölmärkten bereits seit Anfang Oktober wieder nachgeben, dürfte der von den Energieträgern ausgehende Preisauftrieb zum Jahresende hin auslaufen. Allerdings werden die Anhebung der Tabaksteuer sowie die Erhöhung der Bahntarife im Dezember nochmals zu einem Preisschub führen.⁵ Alles in allem dürften die Verbraucherpreise im Jahr 2004 um 1,6 Prozent gestiegen sein.

⁵ Dies dürfte den Preisindex um etwa zwei Zehntel Prozent (Tabaksteuer) bzw. um knapp ein Zehntel Prozent (Bahntarife) anheben.

Im Prognosezeitraum dürfte der Preisanstieg deutlich geringer ausfallen. Binnenwirtschaftlich ist kein Preisdruck angelegt, da die Kapazitätsauslastung bis weit in das kommende Jahr rückläufig ist. Hinzu kommt, dass die Gewerkschaften – nicht zuletzt angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage – wohl darauf verzichten, den durch den Ölpreisanstieg bedingten Kaufkraftentzug durch entsprechende Lohnsteigerungen zu kompensieren. So ist davon auszugehen, dass der bisherige Ölpreisanstieg nicht zu einer nennenswerten Inflationsbeschleunigung führen wird. Preissteigerungen werden sich allerdings daraus ergeben, dass im Januar die LKW-Maut eingeführt wird und einige administrierte Preise angehoben werden, so die Rundfunk- und Fernsehgebühren im April und im September abermals die Tabaksteuer. Alles in allem erwarten wir für 2005 und 2006 einen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,3 bzw. 1,1 Prozent.

Die vorliegende Prognose basiert auf der Annahme, dass der Ölpreis im Durchschnitt des Jahres 2005 bei 38 US-Dollar pro Barrel liegt; bei dem unterstellten Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1,30 sind dies 29 Euro. Bei einem Niveau von 45 US-Dollar pro Barrel, wie es Anfang November zu beobachten war, läge der Ölpreis um 20 Prozent höher als hier unterstellt. Unseren Schätzungen zufolge erhöht ein zehnpromzentiger Anstieg des in Euro gerechneten Ölpreises den Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 0,1 Prozentpunkte (Kasten 3). Demzufolge wäre bei einem Ölpreis von 45 US-Dollar im kommenden Jahr mit einem um etwa 0,2 Prozentpunkte höheren jahresdurchschnittlichen Verbraucherpreisanstieg zu rechnen.

Kasten 3:

Zu den Auswirkungen des Ölpreissprungs auf den Anstieg der Verbraucherpreise

Ein Anziehen des Weltmarktpreises für Rohöl verstärkt vorübergehend den Anstieg der Verbraucherpreise. Vor allem die Preise für flüssige Brennstoffe, Kraft- und Schmierstoffe, die etwa 4 Prozent der Konsumausgaben ausmachen, reagieren sofort. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass Rohöl international in US-Dollar abgerechnet wird, so dass auch der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar eine Rolle spielt. Längerfristig dürften Ölpreissteigerungen dagegen keinen Einfluss auf die Inflation haben, außer wenn es in stärkerem Ausmaß zu „Zweitrundeneffekten“ kommt, etwa weil der vorübergehend erhöhte Verbraucherpreisanstieg zu höheren Lohnabschlüssen führt.

Um die Stärke und das zeitliche Profil der Auswirkungen des jüngsten Ölpreisanstiegs auf den Verbraucherpreisanstieg in Deutschland zu quantifizieren, wird die Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte gegenüber dem Vormonat Δp im Rahmen eines dynamischen ökonomischen Ansatzes auf die Veränderungsrate des Ölpreises (North Sea Brent, umgerechnet in Euro) $\Delta p_{öl}$ und die Veränderungsrate des US-Dollar/Euro-Wechselkurses Δe regressiert.^a Die Spezifikation wird anhand zeitreihenanalytischer Kriterien so gewählt, dass die Gleichung möglichst sparsam parametrisiert ist, unter der Nebenbedingung, dass die Residuen keine Autokorrelation aufweisen. Eine Schätzung anhand von Monatsdaten über den Zeitraum von September 1994 bis September 2004^b ergibt (t -Statistiken in Klammern):

$$\begin{aligned} \Delta p_t = & 0,112 - 0,237 \Delta p_{t-2} + 0,181 \Delta p_{t-3} + 0,010 \Delta p_{\text{öl}_t} + 0,004 \Delta p_{\text{öl}_{t-1}} \\ & (6,189) \quad (3,812) \quad (2,390) \quad (6,932) \quad (2,580) \\ & - 0,004 \Delta p_{\text{öl}_{t-4}} - 0,011 \Delta e_{t-3} - 0,017 \Delta e_{t-4} \\ & (2,489) \quad (1,925) \quad (2,889) \end{aligned}$$

$$\bar{R}^2 : 0,387; DW: 1,78; AR(4): 0,36; AR(12): 0,56; Het: 0,40^c$$

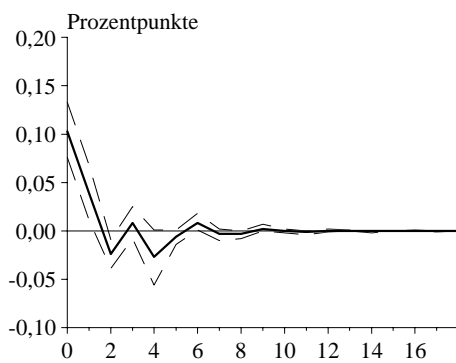
Die Gleichung vermag fast 40 Prozent der monatlichen Schwankungen des Verbraucherpreisanstiegs zu erklären. Der Schätzwert von 0,112 für die Konstante impliziert, dass die jährliche Inflationsrate bei Ausbleiben von Ölpreis- und Wechselkursänderungen langfristig bei 1,3 Prozent liegt.

Direkt ablesbar ist aus den Schätzergebnissen die unmittelbare Wirkung eines Anstiegs des Ölpreises (in Euro) auf den monatlichen Verbraucherpreisanstieg. Angesichts eines Koeffizienten des kontemporären Ölpreisanstiegs von 0,01 erhöht eine zehnpromtente Ölverteuerung die Anstiegsrate der Verbraucherpreise im selben Monat um 0,1 Prozentpunkte (95-prozentiges Konfidenzintervall: 0,07; 0,13). Verzögerte Wirkungen fallen in den darauffolgenden Monaten nur in geringem Umfang an (Abbildung). Bereits nach zwei Monaten kommt es zu einer Bewegung in die entgegengesetzte Richtung, für die Zeit danach sind die Effekte nicht mehr signifikant von null unterscheidbar. Die Anstiegsrate der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr (Inflationsrate) liegt in den zwölf Monaten, die dem Ölpreisanstieg folgen, um etwa 0,1 Prozentpunkte höher, der jahresdurchschnittliche Anstieg der Verbraucherpreise fällt um 0,11 Prozentpunkte (Konfidenzintervall: 0,06; 0,15) stärker aus als ohne die Ölpreiserhöhung.

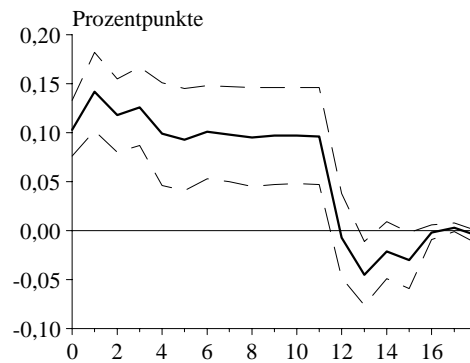
Abbildung:

Auswirkungen eines Anstiegs des in Euro gerechneten Ölpreises um 10 Prozent auf die Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung¹

Anstieg gegenüber dem Vormonat



Anstieg gegenüber dem Vorjahr



¹In Prozentpunkten. Gestrichelte Linien geben 95-prozentige Konfidenzintervalle an. Letztere wurden mittels stochastischer Simulation ermittelt.

Quelle: Eigene Berechnungen.

^aDie Verwendung der Veränderungsrate des US-Dollar/Euro-Wechselkurses als zusätzlichen Regressor soll verhindern, dass der Koeffizient des in Euro umgerechneten Ölpreises einen Teil der übrigen Einflüsse von Veränderungen des US-Dollar/Euro-Wechselkurses auf die Verbraucherpreise mit abbildet. — ^bDer Stützraum wurde so gewählt, dass die Inflationsrate stationär ist. — ^cDie Symbole bedeuten: \bar{R}^2 ist das Bestimmtheitsmaß, *DW* ist der Durbin-Watson-Test auf Autokorrelation erster Ordnung. *AR*(4) und *AR*(12) sind Lagrange-Multiplikator-Tests auf Autokorrelation bis zur vierten bzw. bis zur zwölften Ordnung, *Het* ist ein Test auf Heteroskedastizität. Die Werte hinter den drei letzten Tests geben das marginale Signifikanzniveau des jeweiligen Tests an.

Lage am Arbeitsmarkt verbessert sich nicht grundlegend

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich kaum entspannt. Die Zahl der Arbeitslosen hat im dritten Quartal weiter zugenommen, wenn auch abgeschwächt. Zwar ist die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt auch im dritten Quartal wieder gestiegen,⁶ mit 19 000 Personen fiel die Zunahme allerdings deutlich schwächer aus als im Vorquartal. Dass es überhaupt zu einer Zunahme kam, ist zum einen auf die weiterhin starke Zunahme der selbstständigen Tätigkeit in Form von Ich-AGs zurückzuführen. Zum anderen dürfte die geringfügige Beschäftigung weiter stark zugenommen haben. Die Zahl der Arbeitnehmer insgesamt ist im dritten Quartal wieder gesunken, weil die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wieder deutlich abgenommen hat.

Auf Basis der bisherigen Lohnabschlüsse rechnen wir für das kommende Jahr mit einem Anstieg der tariflichen Stundenlöhne um 1,7 Prozent; dabei ist berücksichtigt, dass die tarifliche Arbeitszeit in einzelnen Bereichen zunimmt. In Anbetracht der weiterhin negativen Lohndrift (-0,3 Prozent), eines Rückgangs der Belastung durch Arbeitgeberbeiträge in die Sozialversicherung sowie eines Anstiegs des Deflators des Bruttoinlandsprodukts um 1,0 Prozent ergibt sich für das Jahr 2005 insgesamt eine Zunahme des Produzentenreallohns auf Stundenbasis um 0,2 Prozent. Angesichts eines trendmäßigen Anstiegs der Stundenproduktivität um 1,7 Prozent ergeben sich von dieser Seite spürbare Anreize zur Ausweitung der Beschäftigung. Auch im weiteren Prognosezeitraum dürften vonseiten der Lohnpolitik beschäftigungsfördernde Wirkungen ausgehen; insbesondere ist zu erwarten, dass sich die Regelung, nach der ein Empfänger von Arbeitslosengeld II künftig jede legale Arbeitsstelle annehmen muss, auch wenn deren Entlohnung unterhalb des tariflichen oder ortsüblichen Niveaus liegt, dämpfend auf die Lohnabschlüsse auswirken wird. Im Jahr 2006 dürften mit der Verbesserung der konjunkturellen Situation gleichwohl wieder etwas höhere Lohnsteigerungen durchgesetzt werden, zudem werden außertarifliche Leistungen kaum noch eingeschränkt werden.

Im Verlauf des Prognosezeitraums werden sich die Beschäftigungsperspektiven insgesamt etwas aufhellen. Zwar dämpft die konjunkturelle Abschwächung die Arbeitsnachfrage; dem steht allerdings die ausgeprägte Lohnzurückhaltung entgegen. Vor diesem Hintergrund wird sich der leichte Anstieg der Erwerbstätigenzahl zunächst fortsetzen. Die Zunahme wird jedoch zunächst nur daraus resultieren, dass sich die Zahl geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse weiterhin erhöht. Hingegen wird die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wei-

⁶ Infolge einer Revision durch das Statistische Bundesamt hat sich das Bild der Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Jahr 2004 umgekehrt. Wies die Statistik zuvor einen kontinuierlichen Rückgang aus, ist jetzt ein stetiger Zuwachs zu verzeichnen.

ter, wenn auch verlangsamt, zurückgehen; der Rückgang wird erst im späteren Verlauf des Jahres 2005 zum Stillstand kommen. Die Zunahme der Zahl der Selbstständigen dürfte sich abschwächen, vor allem weil mit der eingeführten Überprüfung von Geschäftsplänen der Anstieg der Zahl der Ich-AGs sinken wird. Obendrein ist zu berücksichtigen, dass im Zuge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung („Ein-Euro-Jobs“) geschaffen werden. Aufgrund von Verdrängungs- und Substitutionseffekten⁷ dürfte die Erwerbstätigkeit nicht im gleichen Ausmaß steigen wie die Zahl solcher Beschäftigungsverhältnisse; wir unterstellen für das Jahr 2005 eine Zunahme um 140 000 Personen. Alles in allem ergibt sich im Jahresdurchschnitt 2005 ein Anstieg um gut 230 000 Personen (0,6 Prozent) auf 38,60 Mill. Personen. Für das Jahr 2006 erwarten wir bei sich wieder belebender Konjunktur eine beschleunigte Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen. Im Jahresdurchschnitt dürfte sie um gut 260 000 Personen (0,7 Prozent) steigen.

Nach einer leichten Zunahme in diesem Jahr wird das Arbeitsvolumen im Jahr 2005 unverändert bleiben. Zwar wird sich die Zahl der Erwerbstätigen erhöhen; da diese Zunahme jedoch insbesondere auf den Bereich der Teilzeitbeschäftigung entfällt, wird die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen weiter sinken. Insgesamt dürften sich beide Effekte kompensieren. Für das Jahr 2006 rechnen wir bei einem verstärkten Anstieg der Erwerbstätigkeit mit einem schwächeren Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen (0,2 Prozent). Infolgedessen dürfte das Arbeitsvolumen im Jahresdurchschnitt um 0,4 Prozent steigen.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte ohne Berücksichtigung der verschiedenen Effekte, die aus der Zusammenlegung von bisheriger Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (Hartz IV) resultieren, im Verlauf des Jahres 2005 leicht sinken. Allerdings ist zu erwarten, dass die konjunkturelle Entwicklung durch diese Sondereffekte überlagert wird, wobei einige Effekte zu einem Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit führen, andere hingegen zu einem Anstieg (Kasten 4). Alles in allem dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen infolge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige im Jahresdurchschnitt um gut 90 000 Personen zunehmen. Dabei werden die die registrierte Arbeitslosigkeit erhöhenden Effekte insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2005, die senkenden Effekte jedoch erst sukzessive eintreten. Dies trägt neben der konjunkturellen Belebung dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit im späteren Verlauf des Jahres 2005 sinkt und dass die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2006 deutlich geringer

⁷ Verdrängungseffekte durch „Ein-Euro-Jobs“ resultieren daraus, dass andere reguläre Arbeitsplätze wegfallen. Substitutionseffekte ergeben sich, wenn schon bestehende Beschäftigung schaffende Maßnahmen durch „Ein-Euro-Jobs“ ersetzt werden.

sein wird als im Vorjahr. Wir erwarten einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 230 000 Personen auf 4,25 Mill. Personen (Tabelle 4).

Kasten 4:

Zu den Effekten der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige^a

Effekte, die die registrierte Arbeitslosigkeit erhöhen:

- Ab Jahresanfang 2005 müssen sich auch die erwerbsfähigen, aber bisher nicht als arbeitslos registrierten Sozialhilfeempfänger arbeitslos melden, um einen Leistungsanspruch nicht zu verlieren. Es wird unterstellt, dass sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen durch diesen Effekt um 300 000 Personen im Jahresdurchschnitt erhöht.
- Ein Teil der Personen, die auf Basis der vorruhestandsähnlichen Regelung des § 428 SGB III Arbeitslosenhilfe beziehen, wird sich wieder arbeitslos melden. Weil die verstärkte Anrechnung von Vermögen zu einem Rückgang der Transferzahlungen führen dürfte, ist zu erwarten, dass diese Personen wieder eine Beschäftigung anstreben. Infolge der sinkenden Attraktivität dürften sich auch die Neuzugänge im Rahmen dieser Regelungen verringern. Es wird unterstellt, dass durch diesen Effekt die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2005 um 20 000 Personen zunimmt.

Effekte, die die registrierte Arbeitslosigkeit senken:

- Aufgrund der verstärkten Vermögensanrechnung ist damit zu rechnen, dass ein Teil der bisherigen Arbeitslosenhilfeempfänger keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II haben wird. Ein Teil der Betroffenen dürfte sich aus der Arbeitslosigkeit abmelden; hingegen werden einige Betroffene ihre Arbeitslosenhilfe aufrechterhalten, z.B. um Rentenansprüche zu sichern. Es wird unterstellt, dass aufgrund der verstärkten Vermögensanrechnung die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2005 um 125 000 Personen sinkt.
- Die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte auch dadurch sinken, dass gemeinnützige Arbeitsmöglichkeiten mit Mehraufwandsentschädigung („Ein-Euro-Jobs“) geschaffen werden, wobei unterstellt ist, dass die Wochenarbeitszeit mindestens 15 Stunden beträgt. Bei einem Bestand von 260 000 Arbeitsangelegenheiten zum Jahresende 2004 und einem geplanten Bestand von 600 000 zum Jahresende 2005 könnten im Jahr 340 000 neue Arbeitsmöglichkeiten entstehen, die allerdings erst nach und nach eingerichtet werden. Unter Berücksichtigung von Verdrängungs- und Substitutionseffekten wird unterstellt, dass die Schaffung von „Ein-Euro-Jobs“ im Jahresdurchschnitt 2005 zu einem Rückgang der Zahl der registrierten Arbeitslosen um gut 100 000 Personen führt.

^aVgl. hierzu sowie zu den quantitativen Abschätzungen ausführlich IAB (2004).

Tabelle 4:
Arbeitsmarkt 2003–2006 (1 000 Personen)

	2003	2004 ^a	2005 ^a	2006 ^a
Deutschland				
Erwerbstätige (Inland)	38 314	38 368	38 602	38 865
Selbständige ^b	4 169	4 296	4 363	4 404
aArbeitnehmer (Inland)	34 145	34 072	34 240	34 461
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26 982	26 596	26 527	26 585
Pendlersaldo	49	47	46	46
Erwerbstätige (Inländer)	38 265	38 321	38 556	38 819
Arbeitnehmer (Inländer)	34 096	34 025	34 194	34 415
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Stunden)	55 226	55 436	55 409	55 654
Registrierte Arbeitslose	4 377	4 381	4 482	4 252
Arbeitslosenquote ^c (Prozent)	10,5	10,5	10,7	10,1
<i>Nachrichtlich:</i>				
Arbeitslose nach dem ILO-Konzept	3 838	3 857	3 896	3 697
Arbeitslosenquote (Prozent) nach dem ILO-Konzept ^d	9,6	9,8	9,9	9,4
Westdeutschland (ohne Berlin)				
Erwerbstätige (Inland)	31 114	31 208	31 398	31 612
Registrierte Arbeitslose	2 753	2 751	2 815	2 670
Arbeitslosenquote ^c (Prozent)	8,4	8,3	8,5	7,9
Ostdeutschland (einschl. Berlin)				
Erwerbstätige (Inland)	7 200	7 160	7 204	7 253
Registrierte Arbeitslose	1 624	1 630	1 667	1 582
Arbeitslosenquote ^c (Prozent)	18,5	18,5	18,7	18,1

^aPrognose. — ^bEinschließlich mithelfender Familienangehöriger. — ^cBundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — ^dBerechnet nach dem Verfahren der Europäischen Union.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2004); eigene Schätzungen und Prognosen.

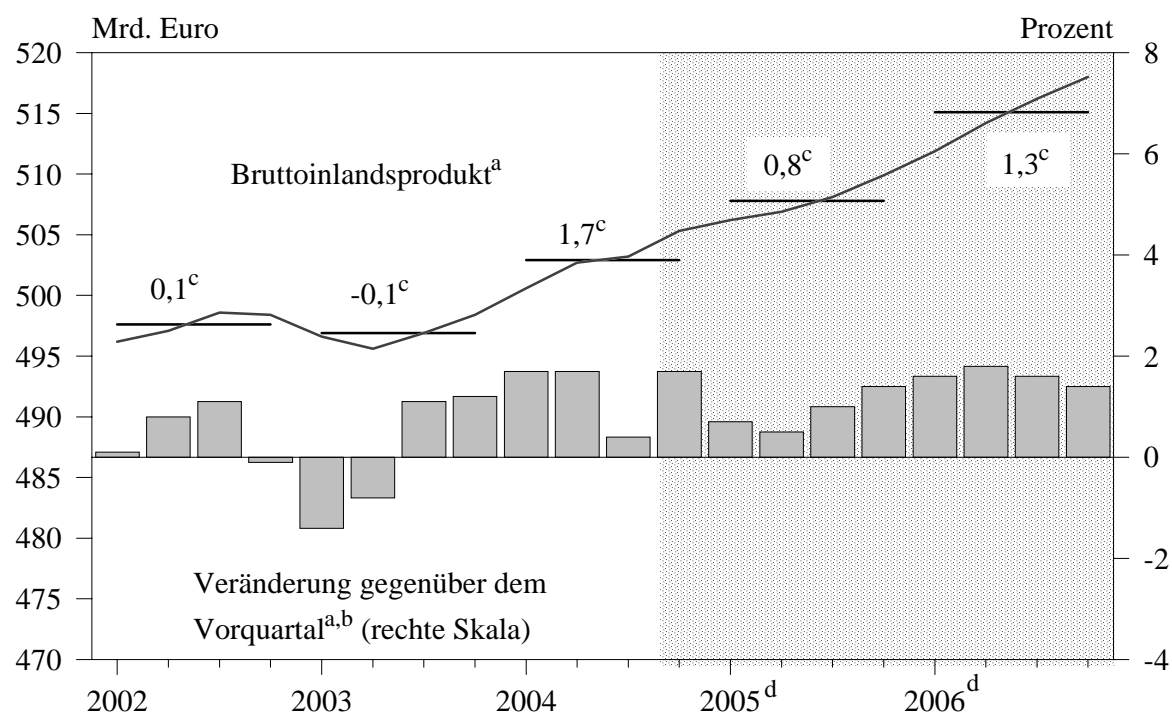
Ausblick: Vorübergehender Rückgang der Kapazitätsauslastung

Mit der geringen Dynamik der Exporte, die wir für die erste Hälfte des kommenden Jahres erwarten, wird sich die Konjunktur merklich abkühlen (Abbildung 2). Von binnenwirtschaftlicher Seite ist eine eigenständige Dynamik nicht absehbar. Zwar stabilisieren die nach wie vor niedrigen Zinsen und die zu Jahresbeginn 2005 in Kraft tretenden Entlastungen bei der Einkommensteuer tendenziell die Binnenkonjunktur. Dem stehen allerdings zunächst noch die eingetretenen Kaufkraftverluste und Kostensteigerungen aufgrund des Ölpreisanstiegs sowie die Verschlechterung der weltweiten Konjunkturaussichten, die die Perspektiven für Beschäftigung, Einkommen und Gewinne eintrüben, gegenüber. Der gesamtwirtschaftliche Produktionsanstieg wird voraussichtlich hinter dem Wachstum des Produktionspotentials, das wir

auf etwa 1 Prozent schätzen (Kamps et al. 2004), zurückbleiben. Erst wenn sich in der zweiten Hälfte des Jahres die Weltkonjunktur wieder stärker belebt, die retardierenden Wirkungen der Aufwertung des Euro geringer werden und die dämpfenden Effekte des Ölpreisanstiegs nachlassen, erhält die Konjunktur in Deutschland erneut von der Auslandsnachfrage Impulse. Diese werden im Verlauf des Jahres 2006 voraussichtlich weiter zunehmen. Mit der Verbesserung der Einkommens- und Ertragsaussichten ist dann auch wieder mit einem beschleunigten Anstieg der Konsum- und Investitionsausgaben zu rechnen.

Abbildung 2:

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2002–2006



^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. — ^bAuf Jahresrate hochgerechnet. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^dAb 2004 IV: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Alles in allem erwarten wir für das Jahr 2005 eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,8 Prozent (Tabelle 5). Im Jahr 2006 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion um 1,3 Prozent steigen. Anders als im Jahr 2004 spielen Unterschiede in der Anzahl der Arbeitstage in den kommenden Jahren eine deutlich geringere Rolle. In beiden Jahren stehen jeweils zwei

Tabelle 5:
Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2003–2006

	2003	2003	2004	2005 ^a	2006 ^a
	Mrd. €	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995					
Bruttoinlandsprodukt	1 985,2	-0,1	1,7	0,8	1,3
Private Konsumausgaben	1 132,5	0,0	-0,3	0,3	0,7
Konsumausgaben des Staates	390,2	0,1	0,1	0,2	0,3
Anlageinvestitionen	389,1	-2,2	-0,4	0,3	1,4
Ausrüstungsinvestitionen	151,2	-1,4	1,2	2,2	3,2
Bauinvestitionen	210,1	-3,2	-1,9	-1,6	-0,5
Sonstige Anlagen	27,8	1,7	2,8	3,5	4,7
Vorratsveränderung (Mrd. €)	-18,1	-18,1	1,6	2,3	5,5
Ausfuhr	740,0	1,8	9,0	1,8	4,1
Einfuhr	648,5	4,0	7,3	0,7	3,7
Außenbeitrag (Mrd. €)	91,5	91,5	111,2	121,0	128,8
Bruttonationaleinkommen	1 973,4	0,1	1,6	0,9	1,3
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2128,2	1,0	2,6	1,2	2,4
Private Konsumausgaben	1255,3	1,1	1,4	1,6	1,8
Konsumausgaben des Staates	408,5	0,8	-0,7	0,0	1,0
Anlageinvestitionen	379,8	-3,1	-0,3	0,9	2,2
Ausrüstungsinvestitionen	146,9	-3,2	0,4	3,2	5,0
Bauinvestitionen	208,3	-3,3	-0,7	-1,1	-0,3
Sonstige Anlagen	24,5	0,2	-0,6	4,5	5,4
Vorratsveränderung (Mrd. €)	-7,6	-7,6	13,6	7,3	10,5
Ausfuhr	769,3	1,0	8,8	2,3	5,6
Einfuhr	677,1	1,5	6,9	1,4	4,8
Außenbeitrag (Mrd. €)	92,2	92,2	113,1	122,3	134,8
Bruttonationaleinkommen	2114,2	1,2	2,5	1,3	2,4
Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts					
Bruttoinlandsprodukt		1,1	0,9	0,4	1,1
Private Konsumausgaben		1,0	1,7	1,3	1,1
Ausrüstungsinvestitionen		-1,9	-0,9	0,9	1,7
Bauinvestitionen		-0,1	1,2	0,5	0,2
Sonstige Anlagen		-1,5	-3,3	0,9	0,7
Ausfuhr		-0,8	-0,2	0,4	1,4
Einfuhr		-2,4	-0,4	0,6	1,0
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	1 569,3	1,1	2,7	1,1	2,6
Arbeitnehmerentgelt	1 132,2	0,2	0,0	1,1	2,1
in Prozent des Volkseinkommens		72,1	70,2	70,3	69,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	437,1	3,5	9,8	0,9	4,0
Lohnstückkosten, real ^b		-0,4	-2,2	0,1	-0,3
Produktivität ^c		0,7	1,4	0,8	0,8
Arbeitslose (1 000)		4 377	4 381	4 482	4 252
Arbeitslosenquote (Prozent)		10,5	10,5	10,7	10,1
Erwerbstätige ^d (1 000)		38 314	38 368	38 602	38 865
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. €		-81,3	-83,1	-69,1	-64,3
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		-3,8	-3,8	-3,1	-2,8
Schuldenstand ^e		64,2	65,6	67,3	68,5

^aPrognose. — ^bArbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. — ^cBruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je geleisteter Arbeitsstunde. — ^dInlandskonzept. — ^eIn Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Arbeitstage weniger zur Verfügung als im jeweiligen Vorjahr; die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts fällt dadurch in jedem Jahr um 0,2 Prozentpunkte geringer aus als in arbeits-tätiglich bereinigter Rechnung.

Die merkliche Verlangsamung des Produktionsanstiegs, die wir für das kommende Jahr prognostizieren, impliziert in Anbetracht der üblichen Prognoseunsicherheit ein erhöhtes Risiko einer rezessiven Entwicklung, also eines Rückgangs des realen Bruttoinlandsprodukts über mehrere aufeinanderfolgende Quartale. Freilich könnte sich der Produktionsanstieg auch weniger stark abschwächen als von uns erwartet, insbesondere wenn sich der Ölpreis und die Wechselkurse günstiger entwickeln als hier unterstellt. Würde etwa der US-Dollar bald wieder auf ein Niveau von 1,20 gegenüber dem Euro aufwerten und so der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit von 1,5 Prozent, der seit dem Sommer eingetreten ist, wettgemacht, so wäre unseren Simulationsrechnungen in Gern et al. (2004) zufolge mit einem um einen viertel Prozentpunkt höheren Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahr zu rechnen.

Literatur

- Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2004). Via Internet (7. Dezember 2004) <<http://www.hsl.de/erwerbstaetigenrechnung/laenderdaten.htm>>.
- Benner, J., K.-J. Gern, F. Oskamp, B. Sander und J. Scheide (2004). Abgeschwächter Produktionsanstieg in den Industrieländern. *Die Weltwirtschaft* (4), in diesem Heft.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Gern, K.-J., C. Kamps, C.-P. Meier und J. Scheide (2004). Verhaltener Aufschwung in Euro-land. *Die Weltwirtschaft* (1): 56–83.
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) (2004). *Kurzbericht 17*. 12. November. Nürnberg.
- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.) (lfd. Jgg.). *ifo-Konjunkturperspektiven*. München.
- IMF (International Monetary Fund) (lfd. Jgg.). *International Financial Statistics*. November. Washington, D.C.
- Kamps, C., C.-P. Meier und F. Oskamp (2004). Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland bleibt schwach. Kieler Diskussionsbeiträge 414. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 3: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Wiesbaden.